

Eing. 02. SEP. 2020

LG-761391-2020-LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

DER PRÄSIDENT DES
WIENER LANDTAGES
SEKRETARIAT

31. AUG. 2020

EINGELANGT

Initiativantrag

gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung
der Landtagsabgeordneten Waltraud Karner-Kremser, MAS, Christian Deutsch, Gerhard Kubik, Martina Ludwig-Faymann und Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ), sowie Mag. Ursula Berner, David Ellensohn, Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert, Peter Kraus, BSc und Mag. Rüdiger Maresch (GRÜNE)

betreffend ein Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird

Begründung

Mit dieser Novelle werden durch eine Änderung des § 118 BO für Wien weitere Schritte in Richtung einer Energiewende gesetzt, um im Gebäudesektor einen Beitrag zur Erreichung der in verschiedenen völker- und unionsrechtlichen Rechtsakten vorgesehenen Klima- und Energieziele zu leisten.

Die Änderungen dieser Novelle beziehen sich auf verschiedene Bereiche.

Bei Neu-, Zu- und Umbauten ist in Hinkunft immer sicherzustellen, dass die Verluste von Warmwasserleitungen, deren Leitungsführungen an Wohnräume angrenzen, so gering wie möglich gehalten werden. Bei Änderungen und Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche der Gebäudehülle besteht die Verpflichtung nur dann, wenn diese Maßnahmen aus technischen und wirtschaftlichen Gründen zweckmäßig sind (Abs. 2 Z 3).

Die Ausnahmemöglichkeit beim Einsatz von solaren Energieträgern für neue Nicht-Wohngebäuden soll entfallen. Eingeführt werden soll die Pflicht zur Schaffung von Ersatzflächen, sofern die Errichtung von Solaranlagen auf dem Gebäude aus rechtlichen, technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist (Abs. 3b). Damit entfällt die bisher bestehende Möglichkeit bei Nicht-Wohngebäuden auf Antrag von der Verpflichtung zum Einsatz der genannten technischen Systeme abzusehen. Stattdessen muss bei Vorliegen rechtlicher, technischer oder wirtschaftlicher Gründe der Einsatz von solaren Energieträgern auf anderen geeigneten Grundstücken (bzw. Gebäuden), sogenannten Ersatzflächen, erfolgen. Im Baubewilligungsverfahren ist - etwa durch Vorlage einer zivilrechtlichen Vereinbarung, aus der hervorgeht, dass der Einsatz der Anlage auf der Ersatzfläche spätestens im Zeitpunkt der Fertigstellungsanzeige erfolgen wird - darzulegen, auf welcher Grundfläche oder auf welchen Grundflächen dieser Verpflichtung im jeweiligen Ausmaß nachgekommen wird. Eine entsprechende Bestätigung über den erfolgten Einsatz ist der Fertigstellungsanzeige beizulegen.

Im Rahmen der vorgesehenen Eignungsprüfung, die eine behördliche Grobprüfung darstellt, scheidet jene Grundstücke aus, die aufgrund der einschlägigen raumordnungsrechtlichen Bestimmungen offenkundig nicht für die Errichtung und den Betrieb alternativer Systeme geeignet sind, zB weil diese Grundstücke nicht die für die Errichtung einer derartigen Anlage erforderliche Widmung aufweisen. Der Bauwerber hat von sich aus dafür Sorge zu tragen, dass nur ein solches Grundstück bzw. ein solches Gebäude angeboten wird, das sich aufgrund der einschlägigen rechtlichen und räumlichen bzw. sonstigen Gegebenheiten auch tatsächlich für den Einsatz dieser Energieträger eignet.

Die bisher in Abs. 3b vorgesehene Ausnahme von der Pflicht zum Einsatz solarer Energieträger für Bauwerke, die ausschließlich oder überwiegend Bildungszwecken dienen, entfällt, weil auch in diesem Gebäudebereich die verstärkte Nutzung von umweltschonenden Energieträgern erfolgen soll.

Die Pflicht zum Einsatz von solaren Energieträgern bei Neubauten wird künftig auch auf Wohngebäude erweitert (Abs. 3c). Beim Neubau von Wohngebäuden wird eine Verpflichtung zum Einsatz solarer Energieträger mit einer Spitzen-Nennleistung von mindestens 1 kWp pro charakteristischer Länge (l_c) (Definition laut Anlage 2 der Wiener Bautechnikverordnung 2020) des Gebäudes und für je 300 m² konditionierter Brutto-Grundfläche ($BGF_{kond.}$) oder zum Einsatz anderer technischer Systeme zur Nutzung umweltschonender Energieträger mit gleicher Leistung am Gebäude einführt (Abs. 3c).

Die Berechnung der Verpflichtung erfolgt mittels folgender Formel: $P_{PV} = \frac{BGF_{kond.}}{300 \times l_c}$

Unter charakteristische Länge ist das Maß für die Kompaktheit eines Gebäudes, dargestellt in Form des Verhältnisses des konditionierten Volumens V zur umschließenden Oberfläche A dieses Volumens, zu verstehen, unter konditionierter Bruttogeschoßfläche die Fläche entsprechend der Definition gemäß der Anlage 2 der Wiener Bautechnikverordnung 2020 (ÖNORM B 8110-6-1). Neubauten von Wohngebäuden in der Bauklasse I, die nicht mehr als 2 Wohnungen enthalten, Kleingartenhäuser und Kleingartenwohnhäuser werden von dieser Verpflichtung ausgenommen.

Die Regelung in Abs. 3f in der geltenden Fassung wird hinsichtlich ihres Anwendungsbereiches auf das Ökesselbauverbotsgesetz - ÖKEVG 2019 des Bundes, BGBl. I Nr. 6/2020, angepasst. Regelungsgegenstand des § 2 des ÖKEVG 2019 ist ausschließlich ein Verbot für flüssige und feste fossile Brennstoffe in Zentralheizungsanlagen im Neubau. Die Verwendung derartiger fossiler Energieträger in dezentralen Heizungsanlagen bleibt jedoch nach dem ÖKEVG 2019 weiter zulässig. In der BO für Wien soll daher eine Regelung aufgenommen werden, die über das ÖKEVG 2019 hinausgeht und sicherstellt, dass auch bei Änderungen an Gebäuden, soweit diese keine neu errichteten Gebäude betreffen, und bei Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche der Gebäudehülle von Gebäuden keine Wärmebereitstellungsanlagen für feste und flüssige fossile Energieträger errichtet werden.

Der zweite Satz in § 118 Abs. 3e aF kann entfallen, weil bereits in der Wiener Bautechnikverordnung 2020, Anlage 13 Punkt 4.12. normiert ist, dass beim Neubau von Wohngebäuden eine zentrale Wärmebereitstellungsanlage zu errichten ist. Im Umkehrschluss sind daher bereits aufgrund der Wiener Bautechnikverordnung 2020 dezentrale Wärmebereitstellungsanlagen beim Neubau von Wohngebäuden verboten.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung und § 30b Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien den folgenden

Initiativantrag:

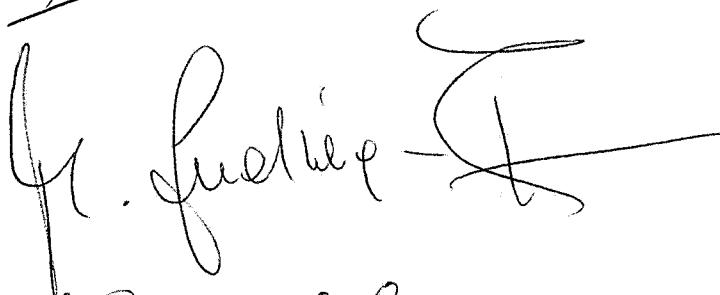
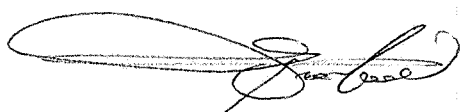
Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.

Beilage:

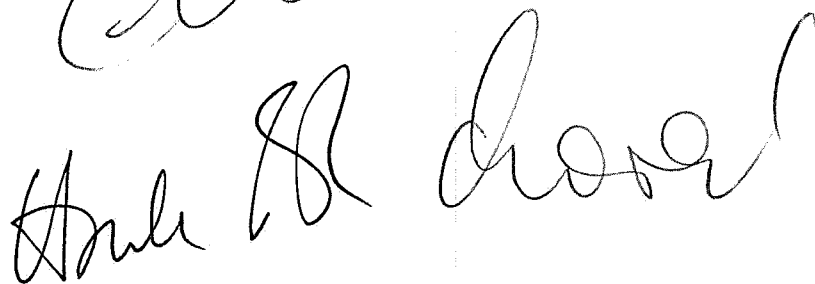
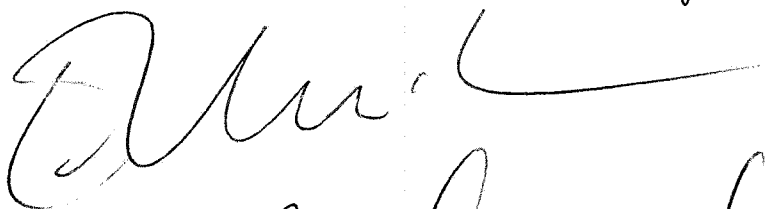
Gesetzesentwurf

Wien, am 31.8.2020



Phil. Dunbar Kurt G. H. ...

Georg ...



Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Die Bauordnung für Wien, LGBl. für Wien Nr. 11/1930, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 71/2018, wird wie folgt geändert:

§ 118 lautet:

„(1) Bauwerke und all ihre Teile müssen so geplant und ausgeführt sein, dass die bei der Verwendung benötigte Energiemenge nach dem Stand der Technik begrenzt wird. Auszugehen ist von der bestimmungsgemäßen Verwendung des Bauwerks; die damit verbundenen Bedürfnisse (insbesondere Heizung, Warmwasserbereitung, Kühlung, Lüftung, Beleuchtung) sind zu berücksichtigen.

(2) Bei der Beurteilung, ob die Energiemenge gemäß Abs. 1 nach dem Stand der Technik begrenzt wird, ist insbesondere Bedacht zu nehmen auf

1. die Art und den Verwendungszweck des Bauwerks,
2. die Gewährleistung eines dem Verwendungszweck entsprechenden Raumklimas; insbesondere sind ungünstige Auswirkungen, wie unzureichende Belüftung oder sommerliche Überwärmung, zu vermeiden,
3. die Sicherstellung, dass bei Neu-, Zu- und Umbauten und bei Änderungen und Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche der Gebäudehülle die Verluste von Warmwasserleitungen, deren Leitungsführungen an Wohnräume angrenzen, so gering wie möglich gehalten werden, um einen die Überwärmung begünstigenden permanenten Wärmeeintrag zu vermeiden; bei Änderungen und Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche gilt diese Verpflichtung jedoch nur dann, wenn dies aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen zweckmäßig ist,
4. die Durchführung eines hydraulischen Abgleichs durch ein befugtes Unternehmen bei jeder Neuinstallation und bei Änderungen und Instandsetzungen des Heizungssystems,
5. die Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Nutzen hinsichtlich der Energieeinsparung.

(3) Bei Neu-, Zu- und Umbauten sowie bei Änderungen und Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche der Gebäudehülle müssen hocheffiziente alternative Systeme eingesetzt werden, sofern dies technisch, ökologisch und wirtschaftlich realisierbar ist. Hocheffiziente alternative Systeme sind jedenfalls

1. dezentrale Energieversorgungssysteme auf der Grundlage von Energie aus erneuerbaren Quellen,
2. Kraft-Wärme-Kopplung,
3. Fern-/Nahwärme oder Fern-/Nahkälte, insbesondere wenn sie ganz oder teilweise auf Energie aus erneuerbaren Quellen beruht oder aus hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen stammt, und
4. Wärmepumpen.

(3a) Der Einsatz hocheffizienter alternativer Systeme nach Abs. 3 ist durch einen nach den für die Berufsausübung maßgeblichen Vorschriften Berechtigten oder eine akkreditierte Prüfstelle zu prüfen. Die Prüfung kann für einzelne Bauwerke oder Gruppen ähnlicher Bauwerke oder für Bauwerke eines gemeinsamen Bautyps in demselben Gebiet durchgeführt werden. Bei Fern-/Nahwärme und Fern-

/Nahkälte kann die Prüfung für alle Bauwerke durchgeführt werden, die in demselben Gebiet an das System angeschlossen sind.

(3b) Neubauten mit Ausnahme von Wohngebäuden sind unabhängig von der Verpflichtung gemäß Abs. 3 unter Einsatz solarer Energieträger auf Gebäudeoberflächen mit einer Spitzen-Nennleistung von mindestens 1 kWp für je 100 m² konditionierter Brutto-Grundfläche oder unter Einsatz anderer technischer Systeme zur Nutzung umweltschonender Energieträger mit gleicher Leistung am Gebäude zu errichten. Stehen der geplanten Ausführung andere Bauvorschriften bzw. sonstige Vorschriften des Bundes- oder Landesrechtes entgegen oder ist der Einsatz der genannten technischen Systeme aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder zweckmäßig, sind diese technischen Systeme auf einem oder mehreren geeigneten Grundstücken innerhalb des Gemeindegebietes von Wien einzusetzen (Ersatzflächen). Der Einsatz auf Ersatzflächen ist durch eine im Grundbuch ersichtlich gemachte öffentlich-rechtliche Verpflichtung sicherzustellen.

(3c) Neubauten von Wohngebäuden sind unabhängig von der Verpflichtung gemäß Abs. 3 unter Einsatz solarer Energieträger mit einer Spitzen-Nennleistung von mindestens 1 kWp pro charakteristischer Länge des Gebäudes und für je 300 m² konditionierter Brutto-Grundfläche oder unter Einsatz anderer technischer Systeme zur Nutzung umweltschonender Energieträger mit gleicher Leistung am Gebäude zu errichten. Diese Verpflichtung entfällt, wenn der geplanten Ausführung andere Bauvorschriften bzw. sonstige Vorschriften des Bundes- oder Landesrechtes entgegenstehen. Auf Antrag hat die Behörde für einzelne Bauvorhaben von der Verpflichtung zum Einsatz der oben genannten technischen Systeme abzuweichen, wenn ein solcher Einsatz aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht zweckmäßig ist. Diese Gründe sind im Antrag nachvollziehbar darzulegen. Das Ansuchen um Baubewilligung gilt zugleich als Antrag auf Gewährung einer solchen Ausnahme.

(3d) Neubauten von Wohngebäuden in der Bauklasse I, die nicht mehr als zwei Wohnungen enthalten, Kleingartenhäuser und Kleingartenwohnhäuser sind von der Verpflichtung gemäß Abs. 3c ausgenommen.

(3e) Nach Ablauf von 3 Jahren ab der Erstattung der Fertigstellungsanzeige für einen Neubau gemäß Abs. 3b hat der Eigentümer des Bauwerks der Behörde eine von einem nach den für die Berufsausübung maßgeblichen Vorschriften Berechtigten oder einer akkreditierten Prüfstelle auf Grundlage der dem Eigentümer zur Verfügung stehenden Daten erstellte Unterlage vorzulegen, die für die letzten 3 Jahre das Verhältnis des im Energieausweis (§ 63 Abs. 1 lit. e) für das Bauwerk ausgewiesenen Energiebedarfs zu dem tatsächlichen Energieverbrauch pro Jahr angibt und die Information enthält, ob der angegebene Energieverbrauch auch die Prozessenergie erfasst.

(3f) Bei Änderungen und Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche der Gebäudehülle von Gebäuden ist die Errichtung von Wärmebereitstellungsanlagen für feste und flüssige fossile Energieträger nicht zulässig.

(4) Bei folgenden Gebäuden genügt die Einhaltung bestimmter Wärmedurchgangskoeffizienten

(U-Werte):

1. Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, bestehende Gebäude in Schutzzonen sowie erhaltungswürdige gegliederte Fassaden an bestehenden Gebäuden; dies gilt nicht für Zubauten mit einer Gesamtnutzfläche von mehr als 50 m²;
2. Gebäude mit religiösen Zwecken;
3. Gebäude, die gemäß § 71 auf längstens 2 Jahre bewilligt werden;
4. Gebäude in landwirtschaftlich genutzten Gebieten, mit Ausnahme von Wohngebäuden;
5. Industriebauwerke;
6. Gebäude, die Wohnungen enthalten, die nicht allen Erfordernissen des § 119 entsprechen oder nicht den vollen Schallschutz oder Wärmeschutz für Aufenthaltsräume aufweisen müssen;
7. Kleingartenhäuser;
8. freistehende Gebäude und Zubauten mit einer Gesamtnutzfläche von jeweils weniger als 50 m²;
9. Gebäude, die nicht unter § 63 Abs. 1 lit. e fallen.

(5) Der Energieausweis (§ 63 Abs. 1 lit. e) ist von einem nach den für die Berufsausübung maßgeblichen Vorschriften Berechtigten oder einer akkreditierten Prüfstelle auszustellen. Die Landesregierung kann durch Verordnung nähere Vorschriften über den Inhalt und die Form des Energieausweises erlassen. Die technischen Voraussetzungen der Übermittlung und Erfassung der Energieausweise sind vom Magistrat im Internet kundzumachen. Die Gültigkeitsdauer des Energieausweises beträgt höchstens zehn Jahre.

(6) In Gebäuden, in denen mehr als 250 m² Gesamtnutzfläche von Behörden genutzt werden und die starken Publikumsverkehr aufweisen, sowie in Gebäuden, in denen mehr als 500 m² von sonstigen Einrichtungen genutzt werden, die starken Publikumsverkehr aufweisen, ist ein höchstens zehn Jahre alter

Energieausweis an einer für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Stelle anzubringen. Solche Energieausweise sind der Behörde in elektronischer Form zu übermitteln. Weisen Energieausweise Mängel auf, gilt die Verpflichtung zur Anbringung als nicht erfüllt.

(7) Bei Zu- und Umbauten sowie bei Änderungen und Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche der Gebäudehülle von Gebäuden in der Bauklasse I, die nicht mehr als zwei Wohnungen enthalten, mit Ausnahme der Gebäude gemäß § 118 Abs. 4, müssen die obersten zugänglichen Decken von beheizten Räumen des gesamten Gebäudes oder die unmittelbar darüber liegenden Dächer so gedämmt werden, dass den Anforderungen für Neubauten an wärmeübertragende Bauteile entsprochen wird.“

Artikel II

Notifikation

Dieses Gesetz wurde gemäß den Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. Nr. L 241 vom 17.09.2015 notifiziert (Notifikationsnummer 2020/321/A).

Artikel III

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit dem seiner Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Artikel IV

Übergangsbestimmungen

Für alle zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Verfahren gelten die bisherigen Bestimmungen.

Der Landeshauptmann:

Der Landesamtsdirektor: